

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
177 · Ausgabe CH · August 2018
AZB 3001 Bern



Hallo Velo!

Dank dem «Bundesbeschluss Velo» werden die Velowege in der Verfassung verankert. Das ist gut für die Umwelt und für unsere Gesundheit, und es erhöht die Verkehrssicherheit von allen. Seiten 4

«UNSERE WIRTSCHAFT»

Während der letzten Monate haben zahlreiche Genossinnen und Genossen am neuen Wirtschaftskonzept gearbeitet. Jetzt geht es in die Vernehmlassung.
Seiten 6 und 7

LANDESSTREIK

Während des Landesstreiks 1918 wollten Bürgerwehren die Schweiz vor der «bolschewistischen Revolution» schützen.
Seiten 16 und 17

Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Vor genau zehn Jahren ging die US-Investmentbank Lehman Brothers pleite. Die Weltwirtschaft stürzte in die grösste Krise seit den 1930er-Jahren. Die Folgen dieser Krise sind an manchen Orten auf der Welt bis heute zu sehen. So zum Beispiel in Detroit, wo ich vor kurzem meine Verwandten besucht habe. Kaum hat man das mittlerweile wieder «hippe» Stadtzentrum verlassen, fährt man an reihenweise verlassenen, eingefallenen Häusern, verrosteten Autos, verrammel-

ten Schaufensterfronten und zerlöchernten Trottoirs vorbei. Sie zeugen alle davon, wie hart die Krise 2007/08 die bereits angeschlagene Stadt getroffen und die Wirtschaft vollends zum Erliegen gebracht hat. Und sie zeugen davon, dass Menschen ihr Haus, ihr Auto, ihre Arbeit, ihr Geld, ihre Existenz verloren haben. Detroit ist ein krasses Beispiel, aber es zeigt deutlich auf, wie stark wir Menschen von der Wirtschaft abhängig sind und die Folgen tragen, wenn die Wirtschaft zusammenbricht.

«Die Wirtschaft sind wir» ist denn auch der Leitgedanke des neuen Wirtschaftskonzepts der SP, das nun in einem ersten Entwurf vorliegt und das der Projektleiter Beat Jans auf den Seiten 6 und 7 dieser «links»-Ausgabe vorstellt. Unzählige Genossinnen und Genossen haben während der letzten Monate an diesem Entwurf mitgearbeitet. Jetzt ist der Ball bei den Sektionen und Kantonalparteien. Sie haben die Möglichkeit Anträge zu stellen, bevor der Parteitag am 1./2. Dezember die Wirtschaftspolitik der SP für die nächsten zehn Jahre festlegt.

Die nächste Gelegenheit, die Politik der SP mitzubestimmen, gibt es jedoch schon früher: Kurz vor dem Druck dieser Ausgabe hat die Geschäftsleitung beschlossen, die Position der SP zur «Steuervorlage 17» von der Basis bestimmen zu lassen. Dafür hat sie eine ausserordentliche Delegiertenversammlung einberufen. Sie findet am 29. September in Olten statt. Die wichtigsten Informationen dazu finden sich auf der rechten Seite.

Und natürlich gibt es am 23. September einiges mitzubestimmen, wie immer, wenn Abstimmungen anstehen. Auf den Seiten 4 und 5 stellen wir den Bundesbeschluss Velo, die Fair-Food-Initiative und die Initiative für Ernährungssicherheit vor. Die SP empfiehlt drei Mal ein Ja. Wir zählen auf euch!

Herzliche Grüsse

Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Abstimmungen**
Die SP sagt am 23. September drei Mal Ja
- 6–7 **Positionen**
Das neue Wirtschaftskonzept geht in die Vernehmlassung
Von Beat Jans
- 8 **Aktiv**
Zwei Volksinitiativen wollen unser Gesundheitssystem vor dem Profit-Virus schützen
Von Rebekka Wyler
- 9–12 **Kantone**
Die Seiten der Kantonalparteien
- 13 **Denknetz**
Die nächste Krise: Wuchtig und bald? – Ein Kurzseminar von attac und Denknetz
- 14–15 **Positionen**
Service-public-Unternehmen haben eine soziale Verantwortung gegenüber der Bevölkerung
Von Thomas Hardegger
- 16–17 **Thema**
Die «Citoyens fâchés», die «wütenden Bürger» von 1918
Von Andreas Thürer
- 18 **Sommeruni**
Die schönsten Bilder von der diesjährigen SP-Sommeruni
- 19 **Agenda**

Ausserordentliche DV

Am 29. September findet im Stadttheater Olten eine ausserordentliche Delegiertenversammlung statt. Thema der DV ist die Parolenfassung zur «Steuervorlage 17». Die



Informationen dazu werden laufend unter www.spschweiz.ch/dv veröffentlicht. Der elektronische Versand an die Delegierten erfolgt in der letzten August-Woche.

5-Punkte-Plan gegen Gewalt an Frauen

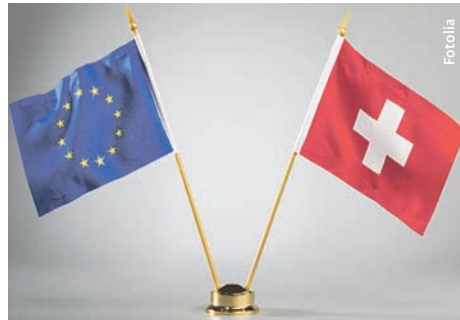
Der Angriff auf fünf Frauen in Genf vom 8. August hat die Schweiz schockiert. Am 12. August protestierten SP, SP Frauen* und JUSO an Kundgebungen in verschiedenen Städten gegen Gewalt an Frauen. Vor den



Medien präsentierten die Vizepräsidentinnen der SP Schweiz und Martine Docourt als Co-Präsidentin der SP Frauen* am letzten Freitag einen 5-Punkte-Plan, mit dem Gewalt an Frauen wirksam bekämpft werden soll. Sie forderten eine gesamtschweizerische Strategie, die mindestens die fünf folgenden Punkte umfassen muss: eine breit angelegte Präventionskampagne zum Thema «Nein heisst Nein», ein gut ausgebautes Netz an Beratungs- und Therapieangeboten, eine Stärkung der Frauenhäuser sowie eine unabhängige Beobachtungsstelle zum Thema Gewalt an Frauen. Nicht zuletzt braucht es – als fünfte Massnahme – die Umsetzung zahlreicher gleichstellungspolitischer Massnahmen. Denn die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern stellt ein wesentliches Element zur Verhütung von Gewalt dar.

SP steht hinter Gewerkschaften

Am 8. August haben die Gewerkschaften bekannt gegeben, dass sie sich aus den Gesprächen mit den Sozialpartnern zu den flankierenden Massnahmen zurückziehen. Der Auslöser war, dass die beiden FDP-



Bundesräte Johann Schneider-Amman und Ignazio Cassis in der Debatte um das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU den schweizerischen Lohnschutz zur Disposition stellten. Die SP trägt diesen Entscheid der Gewerkschaften voll und ganz mit. Die SP unterstützt ein Rahmenabkommen nur dann, wenn es die Beibehaltung des erreichten Lohnschutzes für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert. So steht es auch in der 2016 von den Delegierten verabschiedeten «Roadmap Europa».

Referendum eingereicht

Das Referendum gegen die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten («Überwachungs-Gesetz») ist zustande gekommen. Am 5. Juli hat das Komitee rund 56 000 Unterschriften bei der



Bundeskanzlei eingereicht. Die SP hat mit 13 000 Unterschriften entscheidend dazu beigetragen, dass das Referendum zustande gekommen ist. Die Vorlage kommt am 25. November zur Abstimmung.

#enough18

Die SP Schweiz, Gewerkschaften und Verbände rufen für den 22. September zu einer nationalen Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung auf. Treffpunkt



zur Kundgebung mit dem Titel «#enough18» ist um 13.30 Uhr auf der Schützenmatte in Bern, anschliessend gibt es einen Umzug zur grossen Kundgebung auf dem Bundesplatz.

Bundesrat will kein Atomwaffenverbot

Der Bundesrat will das globale Atomwaffenverbot nicht unterzeichnen. Am vorletzten Mittwoch hat er beschlossen, dass die Schweiz «den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen nicht unterzeichnet». Zwar gelte



dieser Beschluss nur für den «jetzigen Zeitpunkt». Eine Überprüfung will die Regierung jedoch erst gegen das Jahr 2025 vornehmen. Im Juli 2017 hatten 122 Staaten, eine klare Mehrheit aller Länder, in der UNO ein Atomwaffenverbot für die ganze Welt beschlossen. Für das Verbot stimmte damals auch die Schweizer Delegation. Die SP hatte sich im Vorfeld mit einer Motion für die Zustimmung eingesetzt. Auch jetzt ist im Parlament eine Motion des Genfer SP-Nationalrats Carlo Sommaruga hängig, welche verlangt, dass die Schweiz das Atomwaffenverbot rasch unterzeichnet und ratifiziert. Im Gegensatz zum Bundesrat hat der Nationalrat im Juni 2018 die Forderung mit 100 gegen 86 Stimmen unterstützt. Im September kommt die Motion voraussichtlich in den Ständerat.



JA ZUM BUNDESBESCHLUSS VELO

Wir müssen umdenken

AM 23. SEPTEMBER KOMMT DER «BUNDESBESCHLUSS VELO» ZUR ABSTIMMUNG. DER GEGENVORSCHLAG ZUR VELO-INITIATIVE VERLANGT EINE VERANKERUNG DER VELOWEGE IN DER VERFASSUNG. DIES NÜTZT NICHT NUR JENEN, DIE SICH IN DEN SATTEL SCHWINGEN, SONDERN ALLEN VERKEHRSTEILNEHMENDEN.

Matthias Aebischer,
Nationalrat BE und Präsident
Pro Velo Schweiz



Gerade einmal 8 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer geben an, dass sie regelmässig das Velo benutzen, einkaufen gehen mit dem Velo, zur Arbeit fahren mit dem Velo oder mit ihm die Beiz ansteuern. 8 Prozent sind nicht viel, im Vergleich zu andern Ländern sogar ausgesprochen wenig. In Schweden zum Beispiel sind es doppelt so viele, in Dänemark steigen gar 23 Prozent der Bevölkerung regelmässig aufs Velo und in Holland, dem europäischen Rekordhalter, sind es 36 Prozent.

Die Holländer tun aber auch etwas für die Veloförderung. Sie bauen Extra-Strassen für die Velos, Velobrücken, Velobahnen, Veloampeln. Eine solche Förderung soll in der Schweiz dank dem «Bundesbeschluss Velo» nun auch Tatsache werden. Das Velo soll in die Verfassung. Nebst dem Fuss- und Wanderwegnetz soll dort neu auch das Velowegnetz erwähnt werden.

Für die Schweizer Klimapolitik entscheidend

Was auf den ersten Blick recht unspektakulär tönt, ist für die Schweizer Klimapolitik entscheidend. Mit der Genehmigung des Kli-

maabkommens von Paris stehen wir in der Pflicht, die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis ins Jahr 2030 zu halbieren. Ohne Förderung des Fuss- und Veloverkehrs werden wir das nicht schaffen.

Profitieren können alle, nicht nur die Velofahrerinnen und Velofahrer. Wenn in Zukunft klar ist, wo die Velos – die schnellen und die langsamen – durchfahren und wo nicht, gibt es auch weniger Konflikte mit Fussgängerinnen und Fussgängern, mehr Platz in den öffentlichen Verkehrsmitteln und weniger Staus für den Autoverkehr.

Die Zeit der Grabenkämpfe ist vorbei

Wir müssen umdenken. Die SP steht für eine gesunde Umwelt, denn diese ist unsere Lebensgrundlage. Der «Bundesbeschluss Velo» wird längerfristig dazu führen, dass mehr Leute aufs Velo umsteigen. Die Luft wird dadurch besser und die Leute sind dank der

Bewegung gesünder. Kommt hinzu, dass sich auch die Sicherheit verbessert. Und zwar nicht nur diejenige der Fussgängerinnen und Fussgänger, sondern auch die der Velofahrenden selbst. Die europäische Studie «Safety in numbers» zeigt auf, dass bei steigender Anzahl Velos die Unfallgefahr abnimmt. Je mehr Leute also im Stadtverkehr auf dem Velo sitzen, desto weniger Unfälle gibt es.

Am Anfang stand die Velo-Initiative

Im März 2016 wurde die Velo-Initiative eingereicht. Sie verlangte die Förderung des Veloverkehrs als Bundesaufgabe mit einer sogenannten Muss-Formulierung. Bundesrat und Parlament beschlossen im März dieses Jahres einen Gegenvorschlag mit einer Kann-Formulierung, der die wesentlichen Punkte des Volksbegehrens aufnimmt. Die Velo-Initiative wurde daraufhin zurückgezogen. So kommt am 23. September jetzt nur noch der Gegenvorschlag mit dem Titel «Bundesbeschluss Velo» zur Abstimmung. Im Sinne der Nachhaltigkeit, der öffentlichen Gesundheit, aber auch der Sicherheit ist es wichtig, dass wir dem Bundesbeschluss Velo zustimmen.

DAS ÄNDERT MIT DEM BUNDESBESCHLUSS VELO

Bundesverfassung aktuell	Bundesbeschluss Velo
Art. 88 Fuss- und Wanderwege	Art. 88 Fuss-, Wander- und Velowege
¹ Der Bund legt Grundsätze über Fuss- und Wanderwegnetze fest.	¹ Der Bund legt Grundsätze über Fuss-, Wander- und Velowegnetze fest.
² Er kann Massnahmen der Kantone zur Anlage und Erhaltung solcher Netze unterstützen und koordinieren.	² Er kann Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage und Erhaltung solcher Netze sowie zur Information über diese unterstützen und koordinieren. Dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.
³ Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf Fuss- und Wanderwegnetze und ersetzt Wege, die er aufheben muss.	³ Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf solche Netze. Er ersetzt Wege, die er aufheben muss.

JA ZUR FAIR-FOOD-INITIATIVE

Besser essen

DIE FAIR-FOOD-INITIATIVE WILL DIE QUALITÄT DER LEBENSMITTELPRODUKTE IN UNSEREM LAND STÄRKEN. UND SIE WILL, DASS KEINE PRODUKTE EINGEFÜHRT WERDEN, DIE DIESEN STANDARDS NICHT ENTSPRECHEN.

Es ist wichtig, dass Agrarprodukte gehandelt werden können. Zur Hauptsache stammen die Lebensmittelimporte der Schweiz aus der EU und Industrieländern aus anderen Regionen, zu rund 20 Prozent aus Entwicklungsländern. Handel ist aber nur dann verträglich, wenn er zu fairen Bedingungen stattfindet. Das heisst, wenn bei der Herstellung ökologische, soziale und Arbeitsstandards eingehalten und nicht Menschen und Natur ausgebeutet werden. Das blosses Nennen solcher Standards ist jedoch nicht genug. Sie müssen umgesetzt werden. Die Fair-Food-Initiative fordert vom Bundesrat, dass er Ziele formuliert und darüber Bericht erstattet. Konkret verlangt sie eine Stärkung der Produktion von Lebensmitteln aus naturnaher und bäuerlicher Landwirtschaft, die regional und saisonal produziert werden; und sie verlangt die gleichen Bedingungen für die

importierten Lebensmittel, also minimale Nachhaltigkeitsstandards von inländischen wie ausländischen Produkten.

Minimale Standards

Mit der Umsetzung dieser Initiative übernehmen wir weltweit mehr Verantwortung für landwirtschaftliche Produktionssysteme. Bei gewissem Importfleisch kann uns der Bissen schon mal im Hals stecken bleiben. Was als Schweinsfilet beziehungsweise edles Fleischstück daherkommt, stammt von einem armen Schwein im wörtlichen Sinne, das sein Leben womöglich in tierquälerischer Massentierhaltung verbracht hat und vor der Schlachtung durch halb Europa gekarrt wurde. Die Konsumentinnen und Konsumenten wollen keine solchen Lebensmittel auf dem Teller.

Für in der Schweiz produziertes Fleisch sorgen griffige Tierschutzvorschriften für mehr Genuss. Die Produktionsstandards sind hoch. Die vergleichsweise hohen Auflagen verteuern allerdings auch die Produktion. Warum sollten Importnahrungsmittel nicht dieselben Anforderungen wie einheimische Produkte erfüllen? Dadurch werden weder

ausländische Produkte diskriminiert, noch widerspricht es den WTO-Bestimmungen. Konsumentinnen und Konsumenten wollen keinen sozial, ökologisch und tierquälerisch belasteten Junkfood essen. Mit der Fair-Food-Initiative verschwinden solche Nahrungsmittel aus den Regalen. Seit Labels wie Max Havelaar und Bio bei den Grossverteilern Einzug gehalten haben, sind viele dieser Produkte zum Standard geworden und auch für das kleine Portemonnaie erschwinglich.

Erprobtes Kontrollinstrument

Wichtiges Instrument für die Umsetzung der Initiative ist der Herkunftsnachweis zur Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit. Damit würde endlich Transparenz geschaffen bezüglich Herkunft der Lebensmittel. Mit den Informationen per Strichcode können schon heute viele gelabelte Produkte bis zum Herkunftsbetrieb zurückverfolgt werden, und der Produktionsstandard wird offengelegt. Für die nötigen Kontrollen ist dieses Instrument also auf dem Markt bereits erfolgreich erprobt.

Bundeshausfraktion der SP

JA ZUR INITIATIVE FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Ein wichtiges Signal

DAS KONZEPT DER ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ZEIGT EINEN WEG ZU EINER ÖKOLOGISCHEN, GENTECHFREIE LANDWIRTSCHAFT UND EINEM WELTWEIT VERANTWORTUNGSVOLLEN, FAIREN LEBENSMITTELHANDEL AUF.

Die SP setzt sich seit Jahren für eine Landwirtschaft ein, die dem Tierwohl, der Umwelt sowie den Interessen der Konsumentinnen und der Produzenten mit ihren Mitarbeitenden gleichermaßen Rechnung trägt und die einer Qualitätsstrategie verpflichtet ist. Auch wir wollen die Lebensmittelproduktion fairer und ökologischer gestalten. Dafür engagieren wir uns im Rahmen agrarpolitischer Vorlagen, beim Gentechnikgesetz oder beim Lebensmittelgesetz.

Die Bundesverfassung bietet bereits heute die Grundlage, um Zielsetzungen wie den Schutz des Agrarlandes, die ökologische Ausrichtung und den nachhaltigen Handel zu erreichen. Die vorliegende Initiative ent-

hält aber einzelne Forderungen, die so noch nicht in der Verfassung verankert sind, so das Recht auf eigenes Saatgut, das Gentechnikverbot in der Landwirtschaft, die Stärkung der Marktmacht der Produzenten, minimale Arbeitsstandards sowie die Förderung von Konsumenten- und Produzentengemeinschaften und regionalen Strukturen.

Antwort auf die WTO

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde bereits in den Neunzigerjahren von der Bauernbewegung La Via Campesina als Antwort auf die Gründung der WTO entwickelt. Sie ist die Antwort auf das schädliche Prinzip des Freihandels im Landwirtschaftsbereich, der eine hoch kommerzialisierte und industrialisierte Produktion auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft begünstigt. La Via Campesina ist weltweit die grösste Vereinigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Mit der weltweiten Kampagne für Ernährungssouveränität sollen alle Völker das

Recht erhalten, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu gestalten und ihre Nahrung ökologisch, sozial und lokal zu produzieren.

Recht auf Nahrung

Ernährungssouveränität ist auch eine Antwort auf den Welthunger. Sie setzt das Recht auf Nahrung um. Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, hungern 800 Millionen Menschen. Zynischerweise leben die meisten Hungernden in Ländern, wo Nahrungsmittel für uns produziert werden. Ernährungssouveränität zeigt einen Weg zu einer ökologischen, gentechnikfreien Landwirtschaft und einem weltweit verantwortungsvollen, fairen Lebensmittelhandel auf.

Die vorliegende Initiative will diese weltweite Forderung auch in der Schweiz umsetzen. Sie fordert die Einhaltung der ökologischen und sozialen Qualitätsstandards auch von Importprodukten.

Bundeshausfraktion der SP



«Unsere Wirtschaft»: Vernehmlassung läuft

DIE SCHWEIZ KANN DIE RIESIGEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT MEISTERN, WENN SIE SICH AUF IHRE STÄRKEN BESINNT. DIES IST EIN LEITGEDANKE DES POSITIONSPAPIERS ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK 2019 – 2029. ES WURDE ANFANG AUGUST ZUR VERNEHMLASSUNG AN DIE SEKTIONEN GESCHICKT.

Die grossen Errungenschaften und die bedeutenden wirtschaftlichen Fortschritte des vergangenen Jahrhunderts gerieten in den letzten zehn Jahren stark ins Stocken und wurden durch enorme Probleme überlagert. Die bürgerliche Mehrheit antwortete darauf mit den immer gleichen Rezepten: Abbau staatlicher Leistungen, Privatisierungen, Steuersenkungen für Unternehmen und so weiter. Dabei sind es genau diese Rezepte, welche die Probleme verstärken. Denn sie verhindern, dass der wirtschaftliche Fortschritt nachhaltig allen zugute kommt.

Auf unsere Stärken setzen

Diese Rezepte haben ausgedient. Die Wirtschaftspolitik muss im Gegenteil mehr Verlässlichkeit und Mitbestimmung bringen. Die SP will, dass die Schweiz selbstbewusst vorangeht. In allen prägenden Entwicklungen unserer Zeit – sei es bei der Digitalisierung, der globalen Vernetzung oder dem Wirtschaftswachstum – stecken nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen. Diese Chancen wollen wir packen und das Steuer wirtschaftspolitisch



Beat Jans, Nationalrat BS

herumdrehen. Deshalb setzt die SP im nächsten Jahrzehnt auf schweizerische Stärken, auf Rezepte, die sich bewährt haben: auf pionierhafte Infrastruktur, auf stärkeres Gemeinwesen, auf Sozialpartnerschaft und internationales Engagement.

In pionierhafte Infrastruktur und Menschen investieren

Wie vor hundert Jahren die SBB, so müssen heute die Energieversorgung und der elektrische Verkehr um- und ausgebaut werden, damit wir rechtzeitig für eine klimaverträgliche Zukunft gerüstet sind. Die Energiewende bringt Unabhängigkeit und Wertschöpfung in die Schweiz, sie muss aber deutlich beschleunigt werden. Damit wir den raschen technologischen Wandel schaffen, muss zudem mehr öffentliches Geld in Forschung, Innovation, Bildung und Weiterbildung fließen. Diese werden uns befähigen, von der Digitalisierung zu profitieren und sie mitzugestalten.

Gemeinwesen stärken

Die traditionelle Allmend-Bewirtschaftung war in der Eidgenossenschaft über Jahrhunderte hinweg

erfolgreich. Sie ermöglichte es uns, über die Nutzung unserer Heimat mitzuentcheiden und den Boden der Spekulation zu entziehen. Da Wohn- und Immobilienpreise explodieren, ist eine Rückbesinnung auf aktive Bodenpolitik dringend. Bund, Kantone und Gemeinden sollen Land und Liegenschaften erwerben und der Kapitalrendite entziehen. Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen muss deutlich steigen.

Die Finanzierung der genannten Investitionen soll über eine Finanztransaktions- und eine Kapitalgewinnsteuer erfolgen. Diese korrigieren die Besteuerungslücke von Kursgewinnen auf Wertpapieren und sorgen für einen Ausgleich der inakzeptablen Vermögenskonzentration.

Sozialpartnerschaft – gute Arbeit für alle

Die Wirtschaft ist langfristig am erfolgreichsten, wenn Gewinne und Produktivitätsfortschritte nicht als Dividenden an die Besitzenden, sondern als Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen oder Renten in erster Linie an die Haushalte fließen. Das hat die Schweiz in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eindrücklich bewiesen. Nur so entsteht die Nachfrage, die es braucht, damit Jobs entstehen und sich neue Ideen durchsetzen. Die wirtschaftliche Stellung der Frauen



Jonas Zürcher

soll rasch verbessert, die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen erleichtert und die Arbeit durch kürzere Arbeitszeiten endlich wieder besser verteilt werden.

Internationales Engagement

Nicht Abschottung stärkt die Schweiz, sondern Engagement für Frieden und solidarischen Handel. WTO-Recht, Handels- und Investitionsschutzabkommen dürfen niemals die demokratischen Rechte in Bezug auf den Umweltschutz oder die soziale Sicherung einschränken. Die Abkommen sind nicht auf die Renditeinteressen der Grosskonzerne auszurichten, sondern müssen verbindlich einen gesellschaftlichen Nutzen aufweisen und auf eine demokratische Grundla-

ge aufbauen. Dafür muss sich die Schweiz mit aller Kraft einsetzen. Die Agenda 2030 bildet einen guten Angelpunkt. Auf ihrer Grundlage kann die weltweite Handelspolitik zeitgemäss umgebaut werden, damit die Wirtschaft wieder uns dient. Uns allen.

Wie weiter?

Das in einem basisdemokratisch abgestützten Prozess erarbeitete Positionspapier wird am zweitägigen SP-Parteitag vom 1./2. Dezember in Brugg Windisch (AG) diskutiert und verabschiedet. Die 700 Sektionen und Kantonalparteien haben bis am 17. Oktober Zeit, dazu Stellung zu nehmen. Eine überarbeitete Version wird danach den Delegierten im Hinblick auf den Parteitag vorgelegt.

PARTEITAG IN BRUGG WINDISCH

Am Wochenende vom 1./2. Dezember findet in Brugg Windisch der Parteitag der SP Schweiz statt. Neben der Diskussion zum Wirtschaftskonzept wird an diesem Parteitag die «Prämienentlastungs-Initiative» lanciert. Ausserdem wählen die Delegierten die Mitglieder von Präsidium und Geschäftsleitung. In der GL werden durch die Rücktritte von Vera Ziswiler und Filippo Rivola zwei Sitze frei.

Die Anmeldefrist für den Parteitag und für das Parteitagsfest läuft bis zum 17. Oktober, Kandidaturen für die beiden frei werdenden Sitze in der Geschäftsleitung müssen ebenfalls bis zum 17. Oktober im Zentralsekretariat eintreffen.

Weitere Informationen: www.spschweiz.ch/parteitag2018

STANDPUNKT



Michael Sorg,
Co-General-
sekretär der
SP Schweiz

Wie Eis in der Sonne

Das Val Morteratsch ist ein wunderschönes Tal bei Pontresina. Von der Bahnstation lässt es sich gemütlich bis zur Gletscherzunge des Morteratschgletschers spazieren. Dabei passiert man Jahrestafeln, die anzeigen, bis wohin der Gletscher in früheren Jahren reichte. Bewundert man die Tafeln zuerst noch mit Faszination, so überkommt einen mit der Zeit Nachdenklichkeit und zum Ende Entsetzen. Während der Rückgang offenbar jahrzehntelang gleichmässig verlief, so liegen die jüngsten Markierungen immer weiter auseinander.

Wer bei der Tafel mit der Jahreszahl 2015 steht, traut seinen Augen kaum: Die Ausläufer des Gletschers sind 200 Meter entfernt.

Welche Spuren der Hitzesommer 2018 im Val Morteratsch hinterlässt, wird erst nächstes Jahr sichtbar sein. In der Öffentlichkeit zeigen sich die Folgen schon jetzt. Das positive Fazit: Ausser ein paar letzten Verschwörungstheoretikern aus dem Dunstkreis von SVP und «Weltwoche» zweifelt niemand mehr daran, dass sich unser Klima erhitzt und dass wir Menschen die Ursache dafür sind. Das negative Fazit: Diese Erkenntnis führt noch nicht zu einer Verhaltensänderung. Der Flughafen Kloten vermeldet Rekorde von über 110 000 Passagieren pro Tag; die Schweizer Autoimporteure zahlen dank Lobbying nur 1,35 Millionen Franken Klimabussen für CO₂-Schleudern statt 800 Millionen; und die Bauern reagieren auf den Hitzesommer so, wie sie es immer tun: mit der Forderung nach neuen Subventionen.

«Wenn der Alpenfirn sich rötet» heisst es im Schweizer Psalm. Es ist bittere Ironie, dass gerade jene Partei, die an ihren Versammlungen die Nationalhymne singt, alles dafür tut, dass sich der Alpenfirn bald nicht mehr rötet – weil es nämlich keinen Alpenfirn mehr gibt. Die selbst ernannten Patrioten schaffen die Heimat ab. Sie sind gegen die Energiewende, gegen eine sinnvolle Raumplanung, gegen eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffe, gegen strengeren Gewässerschutz und natürlich gegen den Atomausstieg. Und ihre bürgerlichen Gefährten – von ein paar ökologischen Ausreisern abgesehen – machen bislang brav mit.

Doch wer weiss, vielleicht bringt der Hitzesommer den einen oder anderen von ihnen zum Nachdenken. Zu hoffen wäre es, denn wir brauchen breite politische Allianzen, wenn wir die Klimaveränderung aufhalten oder zumindest bewältigen wollen. Den Morteratschgletscher werden wir nicht mehr retten können. Die Jahrestafeln werden immer weiter hinten im Tal stehen. Aber wenn wir nichts gegen den Klimawandel tun, dann wird es irgendwann gar niemand mehr geben, der eine solche Tafel anbringen oder lesen kann.

Unsere Gesundheit ist kein Geschäft!

Parlamentsdienste, 3003 Bern

DIESEM HEFT LIEGT EINE KARTE MIT ZWEI INITIATIVEN ZUM UNTERSCHREIBEN BEI. DIE BEIDEN NATIONALEN VOLKSINITIATIVEN WOLLEN UNSER GESUNDHEITSSYSTEM VOR DEM PROFIT-VIRUS SCHÜTZEN.

Die Krankenkassenprämien steigen laufend. Es gibt sogar Patientinnen und Patienten, die auf Behandlungen verzichten müssen, um Geld zu sparen. Einzelne Ärztinnen und Ärzte verdienen Unsummen, während Krankenkassen ihre Versicherten mithilfe von Gesundheits-Apps aussortieren ... Das ist nicht das Gesundheitswesen, das wir uns vorstellen. Die obligatorische Krankenversicherung muss solidarisch sein und allen den gleichen Zugang zu medizinischen Behandlungen ermöglichen. Es kann nicht sein, dass einzelne Akteure auf dem Rücken der Versicherten und der Allgemeinheit ein Vermögen verdienen.

Das Gesundheitssystem befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Die geplanten Reformen des Bundes setzen auf Liberalisierung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Gleichzeitig ist das Angebot nicht auf die immer älter werdende Bevölkerung ausgerichtet. Und die Finanzierung des Systems stösst an ihre Grenzen: Das Profit-Virus hat unser Gesundheitssystem befallen. Zu viele Akteure wollen mit medizinischen Behandlungen viel Geld verdienen. Die Situation ist paradox: Die Kosten explodieren, während die Qualität der Dienstleistungen gleichwohl bedroht ist.

Die zahllosen Pflegefachleute, Ärztinnen und Ärzte oder Pflegehilfen, für die der Beruf Berufung ist und die ihre Arbeit mit grossem Engagement machen, sind überlastet und leiden unter der Marktlogik, die



Rebekka Wyler, Co-Generalsecretärin der SP Schweiz

immer weitere Bereiche ihrer Tätigkeit erfasst.

Nein zur Privatisierung der Gesundheit

Wir müssen reagieren. Es ist höchste Zeit, den Service public und eine menschenfreundliche Medizin zu stärken. Eine Bewegung von Einzelpersonen, von Verbänden von Pflegefachleuten sowie von Konsumentenschutzvereinen hat zwei entsprechende Volksinitiativen lanciert. Beide Initiativen werden von der SP Schweiz unterstützt.

Ziel ist eine soziale Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Heute ist es so, dass die Krankenversicherer über das Geld der Versicherten verfügen und gleichzeitig einen grossen Einfluss auf das Parlament ausüben. Es geht darum, die demokratische Kontrolle über die Prämien und somit endlich Transparenz über die Verwendung dieser Gelder zu erlangen. Nur so kann unser Gesundheitswesen gleichzeitig effizient und menschenfreundlich geführt werden.

Stopp dem Lobbying

Die erste der Volksinitiativen will es verunmöglichen, dass jemand gleichzeitig Parlamentsmitglied und Mitglied des Verwaltungsrats einer Krankenkasse sein kann. Man kann nicht gleichzeitig regulieren und reguliert werden. Eine vergleichbare Unvereinbarkeitsregel existiert bereits für die Chefetagen von Post und SBB, wieso nicht auch für die

Krankenkassen? Die Initiative ermöglicht es ausserdem, die Unterwanderung der parlamentarischen Kommissionen für Gesundheit und Sozialversicherungen durch Krankenkassen-Lobbyistinnen und -Lobbyisten zu stoppen.

Gerechte Prämien

Die zweite Volksinitiative will den Kantonen mehr Freiheiten in der Organisation der Krankenkassen geben. Die Kantone, die dies wünschen, sollen kantonale und interkantonale Ausgleichskassen einrichten können, die die Höhe der Prämien festsetzen und diese auch einziehen. Die Krankenkassen ihrerseits sind weiterhin für die Administration der obligatorischen Krankenversicherung zuständig. Ein solches System würde es ermöglichen, die Reservebildung auszugleichen und die Reserven abzubauen. Damit würden die Versicherten an den (von ihnen finanzierten) Überschüssen teilhaben.

Das Gesundheitssystem würde transparenter, wie dies auch die SP Schweiz seit langem fordert. Endlich gäbe es eine klare Trennung zwischen Grundversicherung und Zusatzversicherungen. Die Prämien würden nicht schneller steigen als die Gesundheitskosten, und das Gesundheitssystem als Ganzes würde der demokratischen Kontrolle unterstellt.

Für mehr Informationen und für die Planung von Sammelaktionen könnt ihr euch an Joy Demeulemeester vom Initiativkomitee wenden: 078 602 17 21, joy.demeulemeester@gmail.com

Ein Kanton auf dem Abstellgleis

MIT DEN GEPLANTEN STEUERSENKUNGEN FÜR GROSSKONZERNE ERHOFFEN SICH DIE BERNER BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG. DABEI IST GENAU DIESE IDEE ANDERNORTS BEREITS GESCHEITERT. DER PRÄSIDENT DER SP KANTON LUZERN BLICKT AUF DIE AUSWÜCHSE DES STEUERDUMPINGS IN SEINEM KANTON, DIE BERN MIT DEM GEPLANTEN STEUERGESETZ EBENFALLS DROHEN.

David Roth,
Präsident
SP Kanton Luzern



Vielleicht kennt ihr Comical Ali. Das war der Propagandaminister von Saddam Hussein. Er erhielt belustigende Berühmtheit, weil er selbst als amerikanische Panzer bereits in Bagdad waren und Gefechtslärm im Hintergrund zu hören war, davon erzählte, dass die Amerikaner reihenweise fliehen und vom irakischen Militär ins Meer geworfen würden.

In Luzern erzählen die fünf Regierungen, dass die Tiefsteuerstrategie funktioniert und es nur noch ein wenig Geduld brauche. In ihrem Rücken kann der Kanton selbst grundlegende Aufgaben nicht mehr gewährleisten.

Geduld fordert die Luzerner Regierung immer wieder. Es ist aber genau das, was sie den Empfängern von öffentlichen Geldern nicht entgegenbringt. Im Gegenteil. Seit 2011 wurde jedes Jahr ein Abbaupaket geschnürt.

Und jedes Jahr wird seither von neuem die Hoffnung geschürt, dass es bald besser werde. Ausdruck davon ist die jährliche

Fehleinschätzung der Steuereinnahmen bei juristischen Personen. Die Planzahlen lagen zwischen 2011 und 2017 durchschnittlich 15 % zu hoch. Und dies, obwohl sie jedes Jahr nach unten korrigiert wurden. Ansonsten kennen wir ja eher die umgekehrte Situation, nämlich dass bürgerliche Regierungen die Einnahmen knapp budgetieren, um Abbaupakete zu begründen.

Wenn man ehrlich an eine Tiefsteuerstrategie glauben würde, dann würde man sie ausserhalb des regulären Budgets finanzieren. Man sähe sie als Investition über ein Jahrzehnt hinaus. Wer kein Vertrauen in die eigene Strategie hat, der finanziert sie via Leistungsabbau. Wobei, für einige dürfte das die eigentliche Strategie gewesen sein. Und die Resultate dieser Strategie resp. -losigkeit sind für viele Menschen in Luzern fatal.

■ Heimen für Menschen mit einer Behinderung wurden die Mittel immer wieder reduziert, Reserven, die sie angelegt haben, wurden zurückgeführt. Eltern von Kindern mit einer Behinderung wurden die Entlastungstage mehr als halbiert.

■ Bei der Prämienverbilligung wurde fast schon jährlich gekürzt. Was der Bund an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stellte, wurde beim kantonalen Budget gekürzt und finanzierte somit indirekt die Steuergeschenke an Unternehmen. Das führte gar so weit, dass letztes Jahr 8000 Personen die bereits erhaltene Prämienverbilligung wieder zurückerhalten mussten.

■ Bei den Vorkehrungen zur Vermeidung von Naturgefahren fehlen die Mittel. Viele Projekte stehen still, weil das Personal fehlt, um diese voranzutreiben, oder weil das Geld fehlt, diese umzusetzen.

■ In einem Jahr mussten gar die kantonalen Schulen eine Woche lang geschlossen werden, um damit noch die fehlenden 8 Millionen Franken zusammenzukratzen.

■ Das Personal wurde in fast jeder Abbaurunde in aller Selbstverständlichkeit zur Kasse gebeten. Arbeitszeiterhöhung, Verschlechterung der Pensionskassenleistungen, Entlassungen und jährlicher Reallohnverlust.

■ Die Bekämpfung von Menschenhandel wurde eingestellt. Die Polizei hat keine Ressourcen dafür.

Die Liste lässt sich beliebig verlängern, und zwar mit nicht minder unverständlichen Abbaumassnahmen. Ein Hauptproblem der Luzerner Steuerpolitik ist, dass der Schweizer Finanzausgleich parasitäres Verhalten bestraft. Das heisst, wer mit Tiefststeuern nur Steuersubstrat ansiedelt, ohne dass eine wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, der verliert mehr Geld im Finanzausgleich, als er via Steuern einnehmen kann. Die auch von einer Mehrheit der SP-Fraktion unterstützte SV17 würde parasitäres Verhalten hingegen belohnen. Das wäre fatal. Das Modell Luzern müsste von den anderen Kantonen kopiert werden. Es bleibt zu hoffen, dass die NationalrätInnen sich nochmals mit den Auswirkungen auf kantonaler Ebene beschäftigen.

GEMEINSAM FÜR EINEN GUTEN UND BEZAHLBAREN ÖV IM KANTON LUZERN

Ja zur ÖV-Initiative

Ein gutes ÖV-Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor, ob es ums Wohnen oder ums Arbeiten geht. Gleichzeitig entlastet der ÖV die überfüllten Strassen.

Wir alle sind auf ein gutes kantonales ÖV-Angebot angewiesen. Aufgrund der angeschlagenen Kantonsfinanzen stockt der bedarfsgerechte Ausbau und es drohen höhere Billettpreise. Bestehende Linien sind gefährdet. Weniger frequentierte Strecken auf der Landschaft und Angebote zu Randzeiten werden gestrichen, oder die Weiterführung ist zumindest Jahr für Jahr neu gefährdet. Die von der Luzerner Allianz für Lebensqualität lancierte ÖV-Initiative bringt Gegensteuer.

Egal ob bei der Mall of Switzerland, in Horw, Sursee, beim Bahnhof Rothenburg oder im Wiggertal – im ganzen Kanton stocken viele wichtige Ausbauprojekte und sind um Jahre verschoben worden. Der Kantonsrat unterstützt zwar regelmässig die Absicht, den öffentlichen Verkehr auszubauen – gleichzeitig ist die Mehrheit nicht gewillt, die notwendigen Mittel zu sprechen.

Das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung verändert sich. Gemäss Prognosen werden zukünftig noch mehr Leute den ÖV nutzen.



Doch der Kanton will bis 2021 seinen Beitrag um gerade einmal 1 Million Franken erhöhen – wobei absehbar ist, dass selbst dieser kleine Schritt den nächsten Budgetkürzungen zum Opfer fallen wird.

Die Initiative verlangt vom Kanton, jährlich mindestens 60 Millionen Franken zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs in einen Fonds einzulegen. Damit können die längst versprochenen Massnahmen umgesetzt werden. Der Fonds verschafft Planungssicherheit und damit langfristige Perspektiven. Sonst droht Luzern bei Bus- und Bahnangeboten definitiv den Anschluss zu verlieren.

Ein gutes ÖV-System ist als wichtiger Standortfaktor zentral, damit die LuzernerInnen im ganzen Kanton mobil bleiben. Sorgen wir dafür, dass es wieder vorwärts geht. Ein Ja zur ÖV-Initiative sichert ein bedarfsgerechtes ÖV-Angebot im ganzen Kanton ohne höhere Billettpreise. Sie garantiert die Umsetzung des notwendigen und geplanten ÖV-Ausbaus.

Yvonne Zemp, Kantonsrätin

VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE HOHE BILDUNGSQUALITÄT IM KANTON LUZERN»

Gute Schulen – auch in Zukunft

Seit Jahren baut der Kanton Luzern zur Finanzierung der gescheiterten Tiefsteuerstrategie Leistungen im Bildungsbereich ab: Sämtliche Mittel- und Berufsschulen wurden für eine Woche Zwangsferien geschlossen, die Altersentlastung für Lehrpersonen gekürzt, Freifächer gestrichen, Klassen zusammengelegt und die Arbeitszeit der Lehrpersonen auf allen Schulstufen erhöht. Auch die Schliessung von ganzen Schulen schlug die Regierung auf ihrer verzweifelten Suche nach weiteren Abbaumöglichkeiten vor.

JA zu einem breiten Bildungsangebot im ganzen Kanton

Die Bildungsinitiative will den Leistungsabbau in der Bildung stoppen und das (noch) gute Bildungssystem unseres Kantons für die Zukunft sichern. Denn nur mit einem breiten Bildungsangebot von der Volksschule über den Lehrbetrieb mit Berufsschule und die Fachmittelschule bis hin zum Gymnasium werden wir den unterschiedlichen Fähigkeiten, Biografien und Interessen unserer Kinder und Jugendlichen gerecht.

JA zu einem freien Zugang zur Bildung

Auch die Schulgelder für Gymnasien, Fachmittelschulen oder Berufsmittelschulen wurden immer wieder erhöht. Sie betragen heute CHF 465.– pro Jahr. Hinzu kommen Kopien, Bücher, Computer, Sonderwochen

etc. Die Gebühren für den Instrumentalunterricht an einer Mittelschule betragen mittlerweile über CHF 1000.– und ein Freifach kostet CHF 100.– extra. Der freie Zugang zur Bildung ist damit nicht mehr für alle gewährleistet, die Chancengleichheit nicht gegeben. Die Bildungsinitiative fordert den Verzicht auf die Grundgebühr von CHF 465.–. Was in den meisten Kantonen möglich ist, muss auch in Luzern möglich sein!



JA zu einer verlässlichen und motivierenden Personalpolitik

Sämtliche Untersuchungen zeigen, dass die Lehrperson der wichtigste Faktor für den Bildungserfolg der Kinder ist. Mit der Arbeitszeiterhöhung auf unbefristete Zeit haben sich die Rahmenbedingungen nochmals drastisch verschlechtert. Der über Jahre anhaltende Sparwahn auf dem Buckel der Lehrpersonen hinterlässt seine Spuren, viele stehen unter hohem Druck, die Motivation sinkt. Mit der Bildungsinitiative finden wir zurück zu einer verlässlichen Personalpolitik und ermöglichen wieder motivierende Anstellungsbedingungen.

Urban Sager, Kantonsrat

«1918.CH» – THEATERAUFFÜHRUNGEN VOM 16. AUGUST BIS 23. SEPTEMBER IN OLTEN

Landesstreik auf der Bühne

Im November 1918 streikten in der Schweiz 250 000 ArbeiterInnen und stellten neun soziale und politische Forderungen. Es war der erste und einzige landesweite Generalstreik in der Schweizer Geschichte. Da das Militär gegen die Streikenden aufmarschiert war, wurde der Streik nach drei Tagen abgebrochen, um ein Blutvergiessen zu verhindern. 100 Jahre später, vom 16. August bis am 23. September, wird mit einem nationalen und mehrsprachigen Theaterereignis in Olten an die Vorgänge von 1918 und ihre weitreichenden Folgen erinnert.

Der Landesstreik von 1918 war der grösste soziale und politische Konflikt seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 und führte die Schweiz an den Rand eines Bürgerkriegs. Lange wurde er aus der Erinnerung verdrängt, heute ist er nicht mehr nur in den Gewerkschaften und der SP wieder aktuell. Neben den bekannten Fakten (siehe Kasten) gibt es allerdings noch viel Unbekanntes zu entdecken: Geschichten der Streikenden, der hungernden Bevölkerung und Geschichten der gegen die Arbeiterschaft eingesetzten Soldaten. Geschichten von Frauen und Männern in Fabriken, von Kindern vor Suppenküchen, von Eisenbahnern, die den Zugverkehr zum Erliegen bringen.



Ihnen, den einfachen Leuten, gilt in der Inszenierung des nationalen Theaterprojekts in Olten das Hauptaugenmerk. Spielort ist die historische SBB-Werkstätte gleich beim Bahnhof Olten.

Alle Landesteile involviert

Beim Theaterprojekt «1918.CH – 100 Jahre Landesstreik» engagieren sich generationenübergreifend rund 100 Mitwirkende aus dem Kanton Solothurn und angrenzenden Gemeinden. Begleitet werden sie von der Basel Sinfonietta und einem Theaterchor. 20 Theatergruppen aus allen Landesteilen bringen je eine Szene aus ihrem Kanton nach Olten. In jeder Vorstellung sind jeweils zwei dieser regionalen Gruppen zu sehen, jede Aufführung erhält dadurch ein eigenes Gesicht.

Weitere Infos und Ticketvorverkauf sowie Fotos: www.1918.CH

Rita Lanz Hasenfratz, Historikerin aus Olten

MITHELFEN AM JUBILÄUMSANLASS IN OLTEN

Am Samstag, 10. November 2018, findet in der alten Eisenbahnwerkstätte in Olten der grosse Anlass von SP und Gewerkschaften zum 100. Jahrestag des Landesstreiks statt.

Am Samstagnachmittag von 14–16 Uhr gibt es ein tolles Programm mit viel Musik, Reden in allen Landessprachen, einem Streik-Film und historischen Inputs. Der Anlass wird organisiert vom SGB, von der SP Schweiz sowie von der Robert-Grimm-Gesellschaft.

Da wir über tausend Personen erwarten, brauchen wir zahlreiche Helferinnen und Helfer aus der Region Olten und dem ganzen Kanton, und zwar von 13–18 Uhr für den Verkauf von Essens- und Getränkebons sowie den Einsatz am Buffet.

Starke Arme sind ebenfalls gefragt für den Aufbau am Freitag, 9. 11., von 8–17 Uhr sowie den Abbau am 10. 11. abends von 18–22 Uhr.

Interessierte melden sich an bei: info@sp-so.ch. Das SP-Sekretariat wird einen Doodle verschicken.

DIE FRAGE NACH DEN URSACHEN

1918 litt die Schweizer Bevölkerung auch ohne direkte Kriegsbeteiligung enorm: Tiefe Löhne, hohe Teuerung, knappe Lebensmittel und entschädigungslose Militärdienste brachten die Arbeiterschaft in Not und Armut, während Industrie und Landwirtschaft im Ersten Weltkrieg florierten. Als im November 1918 soziale Unruhe aufkam, liess der Bundesrat die grossen Städte militärisch besetzen. Die Arbeiterschaft reagierte mit einem Warnstreik am 9. November und einem anschliessenden landesweiten Generalstreik. 250 000 Leute nahmen daran teil. Die Streikleitung, das von Robert Grimm präsierte «Oltener Aktionskomitee», forderte soziale und politische Gerechtigkeit, bessere Lebensmittelversorgung, AHV, Frauenstimmrecht und Teilhabe der Arbeiterinnen und Arbeiter an der Macht. Am 14. November wurde der Streik bedingungslos abgebrochen. Einige der Forderungen wurden aber in den Folgejahren nach und nach erfüllt.

KOMMENTAR



1618 – 1918

Am 1. August hielt ich eine Rede in Hornussen, zwei Tage später, am 3. August, sprach ich zur 800-Jahr-Feier in Mandach. Die beiden Dörfer liegen knapp 20 Autominuten voneinander entfernt. Wie das ganze Fricktal gehörte Hornussen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu Vorderösterreich. Im Dreissigjährigen Krieg, der 1618 begann, wurde auch das Fricktal immer wieder von kriegerischen Auseinandersetzungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und Mord heimgesucht. Mandach unterstand in dieser Zeit der Berner Herrschaft. Es wurde deshalb von diesen kriegerischen Raubzügen verschont. Zufälligkeiten der Geschichte entschieden über Glück oder Unglück, über Leben und Tod. Die leidtragende Bevölkerung hatte dazu nichts zu sagen.

1918 war für die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familien in unserem Land eine schwierige Zeit. Die Kriegsjahre hatten viele Familien in die Armut getrieben. Arbeitslosigkeit, Hunger und Perspektivlosigkeit prägten das Leben. Hinzu kam die spanische Grippe, die in der Schweiz über 24 000 Todesopfer forderte, das waren vor allem junge Männer zwischen 20 und 40. Nun schaute die Bevölkerung nicht mehr zu. Der Generalstreik entstand 1918 aus der berechtigten Überzeugung heraus, dass soziale Reformen, dass Veränderungen zu Gunsten breiter Bevölkerungskreise dringend notwendig waren, dass mehr Gerechtigkeit in diesem Land möglich war und es sich lohnte, dafür zu kämpfen und auf die Strasse zu gehen.

Sich zu wehren und sich wehren zu dürfen, ist Ausdruck von Freiheit: 1918 wie heute.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Arbeitsplatzverlust

MIT 2,4 PROZENT LIEGT DIE OFFIZIELLE ARBEITSLOSENQUOTE SO NIEDRIG WIE SEIT ZEHN JAHREN NICHT MEHR. NUR: ZAHLEN KÖNNEN TÄUSCHEN. NICHT ERFASST SIND FRISCHE STUDIENABGÄNGER_INNEN, STELLENSUCHENDE IN BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMMEN UND AUCH JENE MENSCHEN, DIE KEINEN JOB MEHR FINDEN, DIE DANN IN DER SOZIALHILFE ODER IN DER INVALIDENVERSICHERUNG AUFTAUCHEN.



Florian Vock von Baden ist Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds und SP-Grossrat.

Für uns nichts Neues. Aber jahrelang die Einsicht, die zum Durchbruch des Sozialstaates geführt hat. Unternehmen und reiche Personen zahlen faire Steuern aus zwei Gründen: weil ein dadurch funktionierendes Staatswesen sie zu guten Staatsbürger_innen macht und so Bildung, Strassen, Gesundheitsversorgung und vieles mehr finanziert werden. Ohne den Staat gibt es keinen Gewinn.

Unternehmen zahlen aber auch mit Steuern für den Schaden, den sie selbst anrichten und der zur Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört wie der Gewinn. Es ist der Schaden an Menschen und Umwelt. Wir flicken mit den Steuergeldern der Unternehmen, was diese kaputt machen. Das Burnout meiner Nachbarin wie die Sondermülldeponie Kölliken.

Das war der unausgesprochene Kompromiss. Gewinner und unkritische Personen geben sich bis heute damit zufrieden. Doch spätestens mit der Krise 2008 wurde er – für uns alle sichtbar – endgültig begraben.

Die soziale Verantwortung ist aufgeklärt. Der Klassenkampf von oben wird wieder offen geführt. Die Beispiele liegen auch mitten in meiner Stadt. Die Firma Ansaldo

hat in Baden 24 Personen entlassen. Diese Zahl ist nicht zufällig: Ab 30 Personen wäre Ansaldo gesetzlich zu einem Sozialplan verpflichtet.

Oder General Electric GE: Im Dezember 2016 konnte GE mit dem Segen der Aargauer Kantonsregierung über 14 Milliarden Franken steuerschonend aus der Schweiz nach Ungarn transportieren. Im Gegenzug versprach der Konzern die Stärkung des Standortes Schweiz. Nun stehen 748 Personen ohne Job da.

Im Moment verhandeln die Bauarbeiter_innen mit dem Baumeisterverband über den neuen Gesamtarbeitsvertrag. Und auch bei der SBB müssen Lokführerinnen, Rangierarbeiter und Kondukteure um ihre Arbeitsplatzqualität und -sicherheit fürchten. Auch sie sind gewerkschaftlich organisiert und verhandeln den neuen Gesamtarbeitsvertrag. Wir werden ihren Kampf sicher unterstützen.

Die Verteilung von Arbeit wie von Kapital stimmt nicht mehr.

Nicht organisiert sind aber die Sozialhilfebezüglerinnen, IV-Rentner und Arbeitslose. Sie stecken oft tief im (politisch gewollten) Schlamassel, und es fehlen ihnen Kraft, Möglichkeiten und Zeit, um sich politisch zu wehren. Umso wichtiger ist es, dass wir eine anwaltschaftliche Position einnehmen. Wo sollen alle die Leute ihr Leben verdienen, wenn es weniger Arbeitsplätze gibt?

Arbeit gibt es auch heute noch genug. Auch das Geld für die Löhne ist im reichsten Land der Welt vorhanden. Aber die Verteilung von Arbeit wie von Kapital stimmt nicht mehr: Die einen sind jahrelang arbeitslos, die anderen haben 50-Stunden-Wochen – krank werden beide. Es gilt, das Wirtschaftssystem auf seine Menschentauglichkeit zu überprüfen.

Die Forderungen liegen auf dem Tisch: Mindestlohn, Arbeitszeitreduktion, würdige Sozialhilfe und Ausbildungsoffensive. Bezahlt mit dem unanständigen Reichtum der GE- und Ansaldo-Grossaktionäre.



Wo Arbeitsplätze fehlen, kann auch das RAV nicht vermitteln.

KURZSEMINAR VON DENKNETZ UND ATTAC

Die nächste Krise: Wichtig und bald?



Vor zehn Jahren, am 15. September 2008, ging die US-Investmentbank Lehman Brothers pleite. Darauf folgte eine der grössten Finanzkrisen der Wirtschaftsgeschichte. Innerhalb weniger Wochen mobilisierten Nationalbanken und Regierungen die unglaubliche Summe von 11324 Milliarden US-Dollar – rund 20 Prozent des Welt-BIP –, um die Finanzmärkte vor dem Kollaps zu bewahren. Doch wurde damit die Krise eher verschoben als bewältigt. Was also droht, wenn die Wirtschaft demnächst in eine neue Rezession gerät? Wie kann und soll sich die Linke darauf vorbereiten? Mit diesen Fragen beschäftigt sich seit einigen Monaten die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie. Zusammen mit attac Schweiz organisiert sie dazu am 15. September ein Kurzseminar. Gast und Hauptreferent ist Joachim Bischoff, Soziologe aus Hamburg, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik («Memorandum-Gruppe») und Autor.

Wichtige Instrumente, über die die Staaten und Nationalbanken 2008 verfügten, um Finanzmärkte und Gesamtwirtschaft vor dem Kollaps zu bewahren, sind heute stumpf geworden: Das Senken der Zinsen durch die Nationalbanken ist ein klassisches Instrument, um Kapital zu verbilligen und damit

Anreize für neue Investitionen zu schaffen. Doch die Zinsen sind heute schon im Keller und lassen sich nicht mehr senken. Zudem sind die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die die internationale Wirtschaft 2008 und 2009 aus dem Sumpf gezogen haben, in einer schlechteren Verfassung als vor zehn Jahren. Die gesunkenen Rohstoffpreise haben Russland, Brasilien und Südafrika erheblich zugesetzt, und diese Länder sind in gesellschaftliche und politische Krisen gerutscht. Indien und auch China wiederum haben es bislang nur unzureichend geschafft, ihre Abhängigkeit von Exporten zu mildern und eine genügend rasch wachsende Binnennachfrage zu generieren.

Deshalb befürchten wir eine lang andauernde, tiefe Krise. Die vorherrschende Politik wird erneut versuchen, breite Teile der Bevölkerung und die Umwelt die Zeche bezahlen zu lassen. Noch mehr: Die Welt könnte diesmal in einen zunehmend unkontrollierbaren nationalistischen Taumel geraten. Die schweizerische, europäische und globale Linke wird profilierte Ideen brauchen, um einer solchen Entwicklung Paroli zu bieten. Demokratie und Umweltschutz müssen deutlich gestärkt, der gesellschaftliche Reichtum von oben nach unten rückverteilt, die Finanzmärkte unter

demokratische Kontrolle gebracht und die Gesellschaften auf eine Care-Ökonomie umgepolt werden, und es darf dabei nicht bei schönen Absichtserklärungen bleiben. Mit dem Seminar möchten wir die Diskussion über die Herausforderungen, die uns bevorstehen, in der Schweizer Linken lancieren. Unter anderem stellt sich auch die Frage, wie wir zu neuen internationalen Koalitionen kommen, die es für einen echten gesellschaftspolitischen Kurswechsel braucht.

Beat Ringger, Geschäftsführender Sekretär Denknetz

Wo alles begann: Am 15. September 2008 ging die US-Investmentbank Lehman Brothers pleite. Darauf folgte eine der grössten Finanzkrisen der Wirtschaftsgeschichte.

KURZSEMINAR VON DENKNETZ UND ATTAC ZEHN JAHRE NACH DER FINANZKRISE: WANN KOMMT DER NÄCHSTE CRASH?

Mit **Joachim Bischoff**, Soziologe aus Hamburg, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik («Memorandum-Gruppe») und Autor diverser Bücher, u. a. «Ist der Kapitalismus am Ende?» (2017), «Europas Rechte» (2015), «Piketty: Kurz und kritisch» (2015)

Min Li Marti, Nationalrätin SP Schweiz

Markus Flück, attac Schweiz

Beat Ringger, Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie

Samstag, 15. September 2018

13.45 – 18 Uhr

Zürich, Ladenlokal Langstrasse 200
(Ecke Langstrasse/Neugasse)

Eintritt frei, Kollekte

Programm

- 13.45 Eintreffen
- 14.00 Hauptreferat Joachim Bischoff: Die Krise von 2007/08 und ihre (Nicht-)Bewältigung, anschliessend Diskussion
- 15.15 Die nächste Krise als harte Herausforderung – besonders für die Linke. Werkstattberichte aus dem Denknetz, der SP Schweiz und aus attac Europe, anschliessend Diskussion
- 17.30 Apéro

Die Veranstaltung wird von der SP Schweiz und der SP Kanton Zürich unterstützt.

Anmeldung per E-Mail an tagung@denknetz.ch bis am **7. September 2018**, Bitte Name und Anzahl Personen angeben (Platzzahl beschränkt).





Mehr demokratische Kontrolle bei SBB & Co.

PRIVATWIRTSCHAFTLICHE PRINZIPIEN IMITIEREN ZU WOLLEN, FUNKTIONIERT BEI DER GRUNDVERSORGUNG NICHT. SERVICE-PUBLIC-UNTERNEHMEN HABEN EINE SOZIALE VERANTWORTUNG GEGENÜBER IHRER EIGNERIN, DER BEVÖLKERUNG. DAHER BRAUCHT ES EINE DEMOKRATISCH LEGITIMIERTE KONTROLLE ÜBER DIE ERFÜLLUNG DES LEISTUNGS-AUFTRAGS.

In den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts glaubten der Bundesrat und die Mehrheit der eidgenössischen Räte, die Bundesbetriebe, die auch Grundversorgungsaufgaben erfüllen – PTT, SBB, swisscontrol, Schweizer Radio und Fernsehen, Rüstung –, müssten dem Markt ausgesetzt werden. Alles würde effizienter, vielfältiger, günstiger. Dazu wurde verselbstständigt, ausgelagert und es wurden privatwirtschaftliche Unternehmensprinzipien installiert. Nur: Für die Grundversorgung funktioniert das nicht. In den Randregionen die gleichen Leistungen zu gleich günstigen Bedingungen wie in Ballungsräumen anzubieten, ist nicht marktfähig. Und das Imitieren von privatwirtschaftlicher Unternehmensführung hat einzig zu unanständig hohen Managerlöhnen, ungerechtfertigten

Boni und unkontrollierbaren Unternehmensstrukturen geführt.

Chancen verpasst

Stellen wir uns vor, die wirtschaftlichen Unternehmen des Bundes hätten frühzeitig den Auftrag erhalten, zusammenzuarbeiten: Statt den Bahnschalter zu schliessen, wären die Poststelle, der Swisscom-Shop, allenfalls auch kantonale und kommunale Betriebe der öffentlichen Hand (Kantonalbank-Filialen, Elektrizitätswerke, Wasserversorgung) dort eingezogen und würden gemeinsam ihre Dienstleistungen anbieten. Statt mehreren Lokalschlüssen im Dorf gäbe es einen kontrollierten öffentlichen Raum mit kostendeckenden Service-public-Dienstleistungen.

Stattdessen finden sich heute oft öde ÖV-Drehscheiben, die we-



Thomas Hardegger,
Nationalrat ZH

gen verwaorloster Infrastruktur die Leute von der Nutzung des öffentlichen Verkehrs abhalten. In den ländlichen Räumen gehen die sozialen Treffpunkte verloren, die Identifikation mit der Gemeinde schwindet, Arbeitsplätze wandern in die Zentren ab und es lassen sich kaum mehr Personen für öffentliche Ämter finden.

Retten, was zu retten ist

Der Bund hat die verselbstständigten Unternehmen – die immer noch in seinem Besitz sind – in den Wettbewerb mit privaten Unternehmen geschickt. Sie müssen die Grundversorgung sicherstellen und dürfen ausserhalb davon selber nach lukrativen Aufgabengebieten suchen. Nur: Wie der gesetzlich festgelegte Grundversorgungsauftrag wahrgenommen wird, können sie heute weitgehend selber bestimmen. Bei Abbaumassnahmen, Auslagerungen oder Lohndrückerei berufen sie sich gerne auf eine fehlende Wirtschaftlichkeit, selten aber nehmen sie Rücksicht auf die Erwartungen

Unternehmen des Service public wie die SBB haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Sie müssen deshalb demokratisch kontrolliert werden.



der Bevölkerung an die Grundversorgung. Das führt dann zu Poststellenschliessungen, verwaisten Bahnschalern, uniformen, sensationelsten Informationssendungen, renditeorientierter Luftraumüberwachung und einer bundeseigenen Rüstungsindustrie, die in Krisenländer liefern will. Wie die Grundversorgung auszugestalten ist, hat die Politik zu entscheiden, denn immerhin ist die Bevölkerung auch die eigentliche Eigentümerin der Unternehmen – sei es auf eidgenössischer, kantonaler oder kommunaler Ebene.

Bewährte Systeme der Mitbestimmung weiterentwickeln

Die Verwaltung ist offensichtlich überfordert bei der Kontrolle ihrer eigenen Betriebe – das zeigen die vielen Schlagzeilen zu den Entgleisungen und Fehlleistungen in den öffentlichen Unternehmen durch ihre Managements und Verwaltungsräte. Dabei gibt es genug Beispiele, wie Unternehmen, politisch geführt, erfolgreich geschäftlich kön-

nen – sowohl im Grundversorgungsbereich wie im Wettbewerbsbereich.

Ohne der politischen Diskussion um die politische Kontrolle der wirtschaftlichen Unternehmen des Bundes vorgreifen zu wollen, möchte ich das Beispiel der Zürcher Kantonalbank anführen. In der Bilanzsumme mit den Bundesbetrieben vergleichbar, ebenfalls systemrelevant und sowohl im Grundversorgungsbereich wie im Wettbewerbsbereich aktiv, wird sie vom Bankrat geführt. Dieser ist nach Parteienproporz besetzt und die durch den Kantonsrat gewählten Mitglieder haben fachliche Voraussetzungen vorzuweisen; ihre Amtszeit ist beschränkt. Sowohl die Art und Weise, wie der gesetzliche Leistungsauftrag zu Gunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft umgesetzt wird, wie auch die Frage, in welchen weiteren Geschäftsfeldern die Bank aktiv sein soll, sind Sache des Bankrates.

Eine politische Diskussion tut Not

Ob die politische Kontrolle durch ein Gremium des Parlaments oder ein von ihm gewähltes erfolgen soll, ob dieses Gremium für alle wirtschaftlichen Unternehmen gemeinsam oder für je eines verantwortlich ist, muss die politische Diskussion festlegen. Wichtig ist, dass die tatsächliche Eigentümerin der Unternehmen – die Bevölkerung nämlich – den Unternehmensauftrag, die Art und Weise der Umsetzung, die Finanzierung des Grundversorgungsbereichs, die (Maximal-)Gehälter des Managements, die Unternehmensstruktur mit möglichen Beteiligungen und Auslagerungen sowie die Kontrolle durch die verschiedenen Gremien durch ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter bestimmen kann.

Die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer des Service public ändern sich. Die gesellschaftlichen Veränderungen und der technologische Fortschritt verlangen eine permanente Weiterentwicklung der Dienstleistungen einerseits, aber auch eine soziale Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Belegschaft. Genau dafür braucht es eine demokratisch legitimierte politische Steuerung.



Natascha Wey,
Co-Präsidentin
der SP Frauen*

#allefüreine

«Liebe Menschen,

die Angriffe von Genf sind widerlich und niederträchtig. Unsere Solidarität und unsere Gedanken sind bei den verletzten Frauen. Wir zollen den vier Frauen, die eingegriffen haben, den höchsten Respekt für ihren Mut. Und wir wünschen allen eine schnelle Genesung. Wir wissen, Gewalt gegen Frauen hinterlässt Spuren: physische und psychische.

Heute sprechen wir über die Opfer, nicht über Täter. Wir sprechen über diejenigen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Gewalt kennt keine Nationalität, keine Hautfarbe und keine soziale Schicht. Aber sie hat ein anderes Merkmal: das Geschlecht. Das Geschlecht von Gewalt ist männlich. 95 Prozent der Gewalt gegen Frauen wird von Männern verübt. Im öffentlichen Raum, aber auch in den eigenen vier Wänden.

Jede dritte Woche stirbt eine Frau in der Schweiz an den Folgen von häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist die weltweit häufigste Gewaltform. Regelmässig lesen wir in der Zeitung von Beziehungsdramen. Von Beziehungsdelikten. Von Zwischenfällen. Von Motiven wie Eifersucht, Geldproblemen oder Zukunftsängsten. Offenbar alles gesellschaftlich akzeptierte Gründe, Frauen zu bedrohen, zu schlagen, zu vergewaltigen, zu erniedrigen und zu töten.

Frauen, die Gewalt erleben, leiden doppelt: an den Tätern und oft auch an den Behörden, die ihnen nicht glauben. Es sei *«allerdings nicht anzunehmen, dass diese Übergriffe bzw. Drohungen während der gelebten Ehe die nötige Intensität erreichten und die Weiterführung der Ehe für Ilzana unzumutbar machten»*. Das ist Behördensprech für Frauen, die man nicht schützen möchte. Die Flecken waren offenbar nicht blau genug.

Wir wollen das nicht mehr hinnehmen. Wir fordern ein Ende der Gewalt gegen Frauen. Wir fordern unseren Platz im öffentlichen Raum. Frauen sollen sich frei bewegen können, ohne Angst zu haben, verprügelt oder betatscht zu werden. Wir fordern genügend Mittel für Opferschutz und Frauenhäuser. Wir fordern sichere Lösungen für betroffene Frauen. Keine Frau soll in eine Ehe zurückkehren müssen, wenn sie Gewalt erfahren hat. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir fordern mehr Geld für Prävention. Wir fordern ein gesellschaftliches Gespräch über Gewalt an Frauen. Wir fordern Männer auf, über Männlichkeit zu sprechen. Wir fordern Männer auf, Verantwortung zu übernehmen für die Gewalt ihrer Geschlechtsgenossen. Ein Angriff gegen eine ist ein Angriff gegen alle. Wir stehen auf gegen Gewalt und Sexismus, heute, am 22. September an der Frauendemo in Bern, und nächstes Jahr am 14. Juni am Frauenstreik. Wir haben genug!»

Die Rede stammt von der Kundgebung #allefüreine vom 12. August. SP und JUSO riefen dazu auf, nachdem fünf junge Frauen in Genf vor einem Klub aufs Schwerste verprügelt wurden.

Die «Citoyens fâchés», die «

GEGEN ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES STIEG AUCH IN DER SCHWEIZ DIE ZAHL DER GEWALTBEREITEN BÜRGER. MIT BÜRGERWEHREN WOLLTEN SIE DIE SCHWEIZ VOR DER «BOLSCHEWISTISCHEN REVOLUTION» SCHÜTZEN.

Gegen besonnene Staatsbürger, die ihre Meinungsverschiedenheiten respektvoll austragen, hat wohl niemand etwas einzuwenden. Problematisch sind hingegen «Citoyens fâchés», gerade dann, wenn sie breite Akzeptanz finden, salonfähig werden und sogar noch bewaffnet sind. Bei zunehmendem sozialen Elend und einer Verschärfung der politischen Spannungen gegen Ende des Ersten Weltkrieges stieg die Zahl der gewaltbereiten Bürger nicht nur in den kriegsführenden, sondern auch in neutralen Ländern wie der Schweiz.

Angst vor der «bolschewistischen Revolution»

Dieser neue Typus von «Citoyens» verstand sich als «Résistance ci-

vique», welche die bestehende politische und soziale Ordnung durch die «Bolschewiki» bedroht sah. Diese hatten sich in Russland im Oktober 1917 an die Macht geputscht und begannen Andersdenkende auszuschalten. Die «Citoyens fâchés» schürten die weitverbreitete Angst, dass die «bolschewistische Revolution» über die revolutionierten deutschsprachigen Nachbarstaaten auf die Schweiz überschwappen könnte. Pauschalisierend wurden die demonstrierenden und streikenden Unzufriedenen als «Bolschewiki» oder zumindest «Bolschewismus-anfällig» gebrandmarkt, und man schreckte vor dem Mittel der Falschmeldung nicht zurück. Die Schweiz dürfe nicht zum «Experimentierfeld bolschewistischer Agi-

Andreas Thürer ist Historiker im Unruhestand. Er tritt für eine weltoffene und soziale Schweiz und einen respektvollen Umgang mit Minderheiten im In- und Ausland ein.

tatoren» werden, heisst es in der vom Entente-freundlichen Bundesrat Gustave Ador formulierten Pressemitteilung der Landesregierung vom 6. November 1918. Hemdsärmeliger drückte sich der deutschfreundliche «Bürgerwehrgeneral» Eugen Bircher am 24. November in Vindonissa bei der grössten vaterländischen Kundgebung gegen den Landstreik aus: Man wolle nicht «der Saustall Europas» werden.

Zur Rolle des Bolschewismus im Landestreik äusserte sich unter anderem ein «nicht-bolschewistischer» Tessiner Eisenbahner in einem offenen Brief: Über alle Parteigrenzen hinweg hätten sich Eisenbahner spontan am Streik beteiligt, um ihrem Ärger Luft zu machen über das Regime der SBB, wo das Arbeitsklima immer schlechter werde und wichtige gesetzliche Bestimmungen nicht eingehalten würden. Keine Rede von Anstiftung zum Streik. Die Einschüchterung der Streikenden durch Waffengewalt habe das ihre zur Streikbereitschaft beigetragen.

«Marschbefehl» der Basler Bürgerwehr, welche im Februar 1919 über 6000 Mitglieder zählte und wie in den meisten Städten quartierweise organisiert war.

Telephon 2999.

Bürgerwehr St. Paulus = Quartier.

Sie sind bei der Bürgerwehr dringend benötigt, melden Sie sich unverzüglich im Schützenhaus.

Geif. eine weisse Armbinde mitbringen.

Die Quartierleitung:
F. Steiger.



Vorfälle in Genf und Lausanne

Wie gereizt das politische Klima im Umfeld des Landesstreiks (12.–14. November) war, zeigen unter anderem Vorfälle in Genf und Lausanne. Am 9. November, dem Tag des Proteststreiks gegen das Truppen-Aufgebot in Zürich, wurde der sozialistische Gemeinderat Rosselet auf dem belebten Lausanner Platz Saint-François tätlich angegriffen, als er Flugblätter verteilte, welche auf den folgenden Tag zu einer Protestversammlung aufriefen. Rosselet habe, so der Berner «Bund», «froh sein» können, dass ihn die Polizei «in schützende Obhut» genommen habe; sonst wäre er arg misshandelt worden. Am 11. November – am Tag der Unterzeichnung des in der frankophilen Rhonestadt Genf intensiv gefeierten Waffenstillstands von Compiègne und am Tag vor dem Beginn des Landesstreiks – versammelten sich Arbeiter zu einer zunächst bewilligten und dann auf Druck von «Sociétés patriotiques» wieder untersagten Kundgebung. «Mutige Bürger», so das vornehme «Journal de Genève», hätten sich in «entschlossenem Kampf» der roten Fahne bemächtigt und sie verbrannt.

wütenden Bürger» von 1918

Dabei habe die zuschauende Menge applaudiert und die «Marseillaise» gesungen. Nach dem Landesstreik verbrannten Soldaten der Tessiner Ordnungstruppen, ebenfalls unter Beifall erzürnter «Cittadini», eine die russische Revolutionärin Anzjelika Balabanova darstellende Puppe aus Lumpen.

Bürgerwehren als dritte Ordnungsgewalt

Die «Citoyens fâchés» warfen den Regierenden Schwäche vor und griffen zum Mittel der Selbsthilfe. Sie gründeten Bürgerwehren, welche eine neue, dritte Ordnungsgewalt neben intakter Armee und Polizei darstellten; die drei Institutionen standen einer unbewaffneten Arbeiterschaft gegenüber. Mit politisch einseitigen Bürgerwehren war der rechtsstaatliche Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols und der Neutralität der Staatsgewalt ernsthaft in Frage gestellt. Brisant war der Fall von Basel-Stadt, wo sich die Kantonsregierung aus Angst vor einem Bürgerkrieg gegen bewaffnete Bürgerwehren aussprach, diese dann aber militarisieren wurden. Oberst-

divisionär Emil Sonderegger, Kommandant der Ordnungstruppen in Zürich, sah den Sinn der freiwilligen Bürgerwehren in der Sicherung des Aufmarschs der Ordnungstruppen; sie sollten zusammen mit der Polizei verhindern, dass «das Feuerlein ... zum Grossfeuer» werde. Zudem sollte der «Zürcher Bürgerschaft» durch die polizeiliche Selbsthilfe zu «größerem Kraftbewusstsein» verholfen werden, nachdem sie die «Unverschämtheiten» der «Raudaubrüder» feige hingenommen habe. Die staatlich anerkannten respektive militarisierten Bürgerwehren wurden mit Waffen ausgerüstet, zum Teil sogar mit Maschinengewehren und Handgranaten. Gelagert wurden die Waffen – nicht immer gut versteckt – zum Beispiel «auf dem Lande» wie im Aargau oder in öffentlichen Gebäuden, etwa der Universität Zürich oder des Oltener Postgebäudes.

Welche Ordnung sollte durch die Bürgerwehren geschützt werden? Eine Vorstellung bekommen wir durch zwei im Frühling 1919 entstandene Volksinitiativen: Bürgerwehrkreise im Aargau lancierten die erste «Überfremdungsinitia-

#Landesstreik
#GrèveGénérale

tive» der Schweizer Geschichte, solche in Zürich die Schutzhaftinitiative. Die «Ausländerinitiative» verlangte die Ausweisung von Ausländern, die man für gefährlich hielt, die «Schutzhaftinitiative» die sofortige Schutzhaft für Schweizer Bürger, welche die innere Sicherheit des Landes zu gefährden schienen.

Waffendepot in der Kirche

Die Behörden hielten mit Informationen über die Bürgerwehren zurück und die Linke musste sie ihnen mit Interpellationen abtrotzen. Im Berner Kantonsparlament interpellierte SP-Grossrat Bolz 1928 zu einem Bürgerwehr-Waffendepot in der Kirche Muri. Dieses Depot sei 1918 «in liebevoller und christlicher Weise gegen die Arbeiter» angelegt worden. Bolz machte sich Sorgen um seinen (vermutlich der BGB angehörigen) Ratskollegen und Dirigenten Holzer; sein Chor würde vielleicht einmal in der Kirche so inbrünstig singen, dass es für die Munition zu warm werden und ein Unglück passieren könnte. Der Humor wirkte – und wirkt – entspannend.

JUBILÄUMSANLASS «100 JAHRE LANDESSTREIK» JETZT ANMELDEN!

Am Samstag, 10. November 2018, findet von 14 bis 17 Uhr in der alten SBB-Hauptwerkstätte Olten (Gösgerstrasse 46 – 60) der Anlass «100 Jahre Landesstreik» statt.

Die SP Schweiz, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Robert-Grimm-Gesellschaft laden alle herzlich ein, an diesem Anlass teilzunehmen.

Ab 15 Uhr erwartet dich und deine Begleitung ein dreisprachiges Programm mit Ansprachen von **Simonetta Sommaruga**, **Christian Levrat**, **Paul Rechsteiner**, **Vania Alleva** und der Performerin **Sandra Künzi** sowie musikalischer Unterhaltung mit den Perkussionisten von **P-Train**, den Musikerinnen und Musikern des **SBB-Bläserensembles** und rund 40 Sängerinnen und Sängern von **Linksdrill** sowie den

Solistinnen **Julia Baumgartner**, **Anna Verena Baumgartner** und **Hannah Bächtold**. Der Eintritt ist frei.

Jetzt anmelden, die Platzzahl ist beschränkt:
www.landesstreik1918.ch

Achtung: Warme Kleidung wird empfohlen, die Hallen sind ungeheizt!

Willst du uns am 10. November unterstützen?

Dann melde dich hier:
landesstreik@spschweiz.ch.
Wir freuen uns auf deine Kontaktaufnahme.

Möchtest du unseren Jubiläumsanlass finanziell unterstützen? Wir freuen uns über deine Spende an SP Schweiz, PC 30-28039-3 (Vermerk «Landesstreik»).



Streikende vor dem Hôtel des Postes in La Chaux-de-Fonds, November 1918

Wiedersehen in Chandolin

Knapp 140 Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz haben vom 9. bis 12. August an der fünften Sommeruni der SP Schweiz teilgenommen. In 15 Workshops wurden politische Themen – von «200 Jahre Marx» über «Kultur und Sozialdemokratie» bis zu den «Wahlen 2019» – gewälzt. Dazu kamen ein Abendprogramm, eine Wanderung und unzählige Diskussionen im kleinen Rahmen an der Bar oder auf der Terrasse. Von Letzterer konnte man nicht nur den Tag durch das eindrucksvolle Panorama der Walliser Bergwelt bewundern, sondern hatte in der Nacht auch einen ausgezeichneten Blick auf die Sternschnuppen-Schauer der Perseiden.



JUSO-Präsidentin Tamara Funciello und Roger Nordmann, Präsident der SP-Bundeshausfraktion, im Disput.



Wo liesse es sich besser diskutieren als an Bar: Samira Marti, Cédric Wermuth und Mattea Meyer.



Jacqueline Badran in ihrem Element. Als aufmerksame ZuhörerInnen Alain Thiébaud und die SP-Kampagnenleiterin Corinne Grässle.



Im Wintergarten des Grand Hôtel lassen sich auch Aktionen planen.



In aufgeräumter Stimmung: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sommeruni 2018.



Der Politologe Florian Foos gab für die Wahlen 2019 wertvolle Tipps, hergeleitet aus dem erfolgreichen Labour-Wahlkampf von 2017.



Die dunkle Seite der Küche ...



... und am letzten Abend eine Reise durch die Geschichte des sozialistischen Liedgutes mit Hans Fässler.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung D1.8.1809

27.–28. August, Hotel Flora Alpina, Vitznau

Historische Entwicklung, Gewerkschaftskulturen, gemeinsame Werte und Ziele

ReferentIn: Adrian Zimmermann (Historiker) und Annette Hug (Historikerin)

Arbeit und Gesundheit im Unternehmen – Ausbildung für Sicherheitsbeauftragte (SiBe) gemäss Suva-Standard D2.2.1812

10. September und 18. Oktober, Hotel Olten, Olten
Gesetzliche Grundlagen und Systematik von Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Umsetzung mit dem 10-Punkte-Sicherheitssystem in der Praxis, Methoden zur Gefährdungsermittlung und Massnahmenplanung, Mitwirkung, Umsetzung, Ressourcen
ReferentInnen: Christine Michel (Unia), Samuel Woodtli (Gesundheitsschutzfachmann)

Doppelte Buchhaltung:

Einführungskurs D 1.8.1825
10.–11. September, Oberdorf SO, Fortbildungszentrum
Eine Vereinsbuchhaltung eröffnen (Eröffnungsbilanz), Geschäftsfälle verbuchen und die Jahresrechnung erstellen (Schlussbilanz und Erfolgsrechnung)

Referentinnen: Anna Barbara Kappeler (Betriebsökonomin), Karin Baumann (Unia)

Streiks in der Schweiz – einst und jetzt! D1.8.1814

19. September, Zürich, Schweizer Sozialarchiv
Streiks in der Schweiz – vom Landesstreik 1918 bis heute, Beispiele von erfolgreichen Arbeitskämpfen der jüngsten Zeit

Referenten: Christian Koller (Direktor Sozialarchiv), Adrian Zimmermann (Historiker)

Medienarbeit: professionell und praxisnah D1.8.1820

20.–21. September, Oberdorf SO, Fortbildungszentrum

Grundlagen der Medienarbeit, die richtige Botschaft in der richtigen Form, Körpersprache, Sprechregeln, Atemtechnik, Umgang mit Lampenfieber

Referentin: Bruna Fossati (Fachfrau für Kommunikation und Organisationsentwicklung)

Schreibwerkstatt D1.8.1823

24.–25. September, Bern, Computerschule Bern
Inhalt: Texte kritisch lesen, lustvoll und sorgfältig schreiben, komplexe Verhältnisse verständlich und ohne Phrasendrescherei darstellen, Artikel und LeserInnenbriefe in frischer Sprache verfassen

Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

Frontalangriff auf das Arbeitsgesetz D2.2.1803

26. September, 2018, Restaurant Aarhof, Olten
Bedeutung der Arbeitszeiterfassung, Analyse des Burnout-Schutzes, Gefahren der totalen Flexibilisierung, betroffene Branchen, gewerkschaftliche Forderungen und geplante Aktionen
Referent: Luca Cirigliano (SGB)

Wie funktioniert meine

Pensionskasse D2.3.1809

2. Oktober, Hotel Ambassador, Bern
Aufbau der 2. Säule, Finanzierung, Leistungen und Funktionsweise der beruflichen Vorsorge
Referentin: Sia Lim (SEV)

Krankenkasse und Unfallversicherung D2.3.1807

4. Oktober 2018, Hotel Geroldswil, Geroldswil
Grundversicherung, Zusatzversicherungen, Franchise und Selbstbehalt, Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall, Wechsel der Krankenkasse
Referentin: Katharina Prelicz-Huber (VPOD)

Mit Mindmap die Infoflut bewältigen D2.6.1805

12. Oktober 2018, Hotel Banana City, Winterthur

Umgang mit der Infoflut, Auswahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Lesegeschwindigkeit, Mindmapping
Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Löhne – Kaufkraft – Beschäftigung D1.8.1808

17. Oktober 2018, Zürich, VPOD-Sekretariat
Wirtschaftliche Zusammenhänge, Klärung von Grundbegriffen der Ökonomie, Verteilungsfrage, aktuelle Probleme und gewerkschaftliche Antworten
ReferentIn: Daniel Lampart (SGB), Christine Goll (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2018

15. SEPTEMBER
Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

22. SEPTEMBER
Demo Lohngleichheit, 13.30 Uhr,
Schützenmatte, Bern

29. SEPTEMBER
a.o. Delegiertenversammlung
Stadtheater Olten

2./3. NOVEMBER
Funktionär*innenschulung
für Mitarbeitende und Präsidien
von Kantonalparteien zu den
Wahlen 2019, Murten

10. NOVEMBER
Jubiläumsanlass Landesstreik 1918,
14–16 Uhr, Olten

16. NOVEMBER
«Die Fraktion lädt ein»
Postmigrantische Schweiz
Kino Movie, Bern

1./2. DEZEMBER
Parteitag, Brugg Windisch AG

www.spschweiz.ch/agenda

Die SP Kanton Schaffhausen sucht per Oktober 2018 oder nach Vereinbarung eine/n

Politische/n Sekretär/in (40–50%)

Du bist eine politisch denkende Person und vertrittst sozialdemokratische Werte. Du möchtest die Partei unterstützen und suchst abwechslungsreiche und spannende Aufgaben im Bereich der Kommunikation und der Zusammenarbeit im politischen Team. Du arbeitest gerne mit flexiblen Arbeitszeiten. Du hast Freude an der Mitgestaltung der Partei und bringst Stärken in der Medien- und Kampagnenarbeit mit.

Die ausführliche Ausschreibung findest du auf unserer Seite im web sp-sh.ch. Wir freuen uns über deine elektronische Bewerbung an praesidium@sp-schaffhausen.ch.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Schaffhausen

Sinnvoll. Sicher.

- Velo ergänzt unser Verkehrssystem
- Mehr Sicherheit dank Velowegen
- Sport und Tourismus profitieren

23. September 2018

www.bundesbeschlussvelo-ja.ch

JA



***Bundes-
beschluss
Velo***